Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 172. Donnerstag den 21. Juni 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 6. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird bis zum 6. Juli d. J. auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen. Dasselbe enthält:

Nr. 21. Bekanntmachung, die Aufhebung der Amtsgerichte Reichenau und Strehla, sowie den Eintritt einiger anderer Jurisdictionsänderungen betreffend; vom 11. Juni 1883.

Leipzig, den 19. Juni 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Brendel.

Bekanntmachung.

Herr Oberbergrath Professor Dr. Credner hier hat sich im Einverständnisse mit uns in dankenswerthester Weise der nach mannichfachen Richtungen wichtigen Aufgabe unterzogen, die geologische Zusammensetzung und Lagerungsform des Untergrundes unserer Stadt zu untersuchen und das Ergebniß in einer Anzahl specieller Bodenprofile durch Leipzig und dessen Umgebung mit einem erläuternden Text darzustellen.

Da dieselben zu vielen praktischen Zwecken auch für weitere Kreise Interesse besitzen, haben wir dieselben vervielfältigen lassen, und die beiden dieselben enthaltenden Tafeln nebst Text zum Ladenpreise von 5 ℳ der Hinrichs'schen Buchhandlung commissionsweise zum Vertriebe übergeben.

Die Tafeln lassen sich leicht auch für diejenigen Stellen benutzen, welche nicht unmittelbar in den dargestellten Profilen liegen, und wir unterlassen daher nicht, dieselben allen denen zur Anschaffung zu empfehlen, welche zu irgend einem Zwecke Veranlassung haben, über die Untergrundverhältnisse ihres Grundstücks sich zu unterrichten.

Leipzig, am 1. Juni 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Vom Dienstage den 26. d. M. an bis auf Weiteres und längstens bis mit Sonnabend den 8. September d. J. wird ein **Obstmarkt** auf dem nördlichen Theile des **Fleischerplatzes** eingerichtet. Dieser **lediglich für Obst** mit Ausschluß aller anderen Marktartikel bestimmte Markt findet nur an den **Markttagen** statt und schließt **Abends 7 Uhr.** Diejenigen Obsthändler, welche daselbst Stände zu erhalten wünschen, haben sich deshalb an den Marktvoigt zu wenden.

Mit Rücksicht auf das Johannisfest wird am **Sonnabend den 23. d. M.** der Verkauf von **Blumen** auf den Marktplätzen bis **Abends 8 Uhr** hiermit gestattet.

Leipzig, am 18. Juni 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Wir wünschen zur vorübergehenden Beschäftigung in Rechnungssachen einen in solchen geübten ehemaligen Beamten oder sonst befähigte Person zu engagiren.

Offerten mit Salair-Ansprüchen sind schleunigst an uns einzureichen.

Pegau, den 16. Juni 1883. **Der Stadtrath.**
Clauß.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist unter laufender Nr. 2, betreffend den Barschuh-Verein zu Prettin, eingetragene Genossenschaft, mit dem Sitz zu Prettin, in Spalte 4 zufolge Verfügung vom 31. Mai 1883 heute Folgendes eingetragen worden:

Der Vorstand der Genossenschaft besteht jetzt aus folgenden, zu Prettin wohnhaften Personen:

1. dem Maurermeister **Heinrich Henze**, als Vorsteher,
2. dem Braumeister **Geisenheimer**, als Cassirer,
3. dem Rentier **Ferdinand Prietzsch**, als Controleur,
4. dem Gasthofsbesitzer **Gottlob Pieske**,
5. dem Handelsmann **Anton Protze**,
6. dem Kaufmann **Friedrich Herzog**,
7. dem Oekonomen **Otto Wust**,

zu 5 bis 7 als Beisitzern.

Torgau, den 1. Juni 1883.

Königliches Amtsgericht.

Nichtamtlicher Theil.

Folgen des conservativ-klerikalen Bündnisses.

Die auf Veranlassung des preußischen Cultusministers v. Goßler erfolgte Zurücknahme der von der Posener Regierung erlassenen Verfügung, betreffend die deutsche Unterrichtssprache in der Volksschule, hat in gleicher Weise in den Kreisen des deutschen Bürgerthums, wie in denen der preußischen Beamten unangenehmes Aufsehen erregt. Man bedauert diese Maßregel des Ministers, weil sie einen Wendepunct in der seit zehn Jahren zum Nutzen der polnischen Bevölkerung und im Interesse friedlicher Germanisation der Provinz Posen befolgten Politik bedeutet und giebt der Meinung Ausdruck, daß der Minister sich zu diesem Schritte durch die übertriebenen Klagen und Beschwerden, denen von den polnischen Abgeordneten in Form einer Interpellation Ausdruck gegeben worden ist, veranlaßt gefunden hat. Wie viel oder wie wenig auf diese periodisch seit Decennien wiederkehrenden Klagen zu geben ist, weiß man in der politischen Welt zur Genüge und auch Herr von Goßler hat seit der Uebernahme des Cultusministeriums wiederholt sich davon zu überzeugen Gelegenheit gefunden. Es verlohnt auch nicht der Mühe, an dieser Stelle nochmals die Grundlosigkeit der erhobenen Klagen aufzudecken, es genügt, darauf hinzuweisen, daß es sich nicht um den Religionsunterricht in deutscher Sprache für die Zöglinge der untersten Stufe handelt, sondern lediglich für die vorgeschrittenen, die der deutschen Sprache so weit mächtig sind, daß sie den Unterricht in allen Fächern, also auch in der Religion in deutscher Sprache erhalten können. Es ist eine durch nichts bewiesene Behauptung, daß wer die vier Species in deutscher Sprache erlernen kann, auch dem Katechismus-Unterricht in dieser Sprache zu folgen außer Stande sei, und Herr v. Goßler hätte schon deswegen die Rechtsgiltigkeit der Posener Regierungsverfügung anerkennen sollen, um endlich den unheilvollen Wahn zu zerstören, daß „polnisch" und „katholisch" zwei einander völlig deckende Begriffe seien. Es wird dem Polonisirungsstreben der katholischen Geistlichen nunmehr fleißig in die Hände gearbeitet und die aufopferungsfreudige und hingebende Thätigkeit der Beamten in der Provinz Posen, die es für eine heilige Aufgabe ihres Berufes ansehen, jenem Streben entschieden entgegen zu arbeiten, wird gelähmt und vor der polnischen Bevölkerung verdächtigt. Man darf sich deshalb auch nicht wundern, daß der Oberpräsident v. Günther, dem besonders von Herrn v. Windthorst bei der Berathung der Stablewski'schen Interpellation über die in Frage stehende Verfügung arg mitgespielt worden ist, sich veranlaßt gefunden hat, seine Demission zu geben. Diese Mittheilung wird zwar von der „Kreuzzeitung" als unbegründet bezeichnet, aber wir haben guten Grund anzunehmen, daß Herr v. Günther thatsächlich sein Gesuch eingereicht hat. In den Kreisen der Posener Regierung wird dieser Schritt durchaus gebilligt, denn man erkennt an, daß es einem so hohen Beamten unter solchen Umständen nicht leicht werden kann, weiterhin thätig zu sein. Wir erfahren übrigens, daß Aussicht vorhanden ist, Herrn v. Günther dem Staatsdienst zu erhalten, indem man auf die bereits früher angeregte Absicht zurückkommt, ihn mit Herrn von Wolff in Magdeburg tauschen zu lassen. Wenn übrigens Herr von Günther aus Posen scheidet, dürfte dies gerade den Polen besonders unangenehm werden. Denn gerade Herr von Günther hat in den vielen Jahren seiner Amtsthätigkeit in Posen einen so milden und versöhnlichen Sinn in allen Culturkampf- und Schulfragen, die im letzten Decennium an ihn in großer Zahl herantraten, bewiesen, daß es schwer halten muß, einen Beamten zu finden, der ihn in seiner jetzigen so schwierigen Stellung völlig zu ersetzen im Stande wäre. Von ihm stammt auch die Verfügung vom Jahre 1873, die noch heute als die Grundlage für die Ertheilung des Unterrichts in deutscher Sprache an die Kinder polnischer Zunge gilt und auch von Herrn v. Goßler als maßgebend angesehen wird. Was aber, so fragen wir, bezweckt die preußische Staatsregierung mit der Zurücknahme der Verfügung vom 7. April? Glaubt sie, durch versöhnliches Entgegenkommen die Polen zu captiviren, so befindet sie sich in einem bedauerlichen Wahn, denn sie könnte wissen, daß den Polen der Appetit mit dem Essen wächst und es wird nicht lange währen, bis sie, anstatt diesen scheinbar berechtigten Wünschen, Forderungen gegenüber stehen wird, deren Erfüllung für Preußen zum Theil einem politischen Selbstmord nahe käme. Die phantastischen Träume von der Wiederaufersthung des polnischen Reiches mit seinem famosen Reichstag und seiner von staatsmännischer Weisheit strotzenden Verfassung sind nicht aufgestorben, sie leben in den Köpfen des polnischen Klerus und Adels fort und werden durch fleißige und systematische Agitation auch im Volke rege erhalten. Dann würde Herr v. Goßler, wenn er sich auch auf die — wie Herr v. Stablewski behauptet — „wahrheitswidrigen" Berichte seiner Beamten nicht stützen soll, leicht haben erfahren können, wie grundverschieden die Ansichten des Volkes und des Adels auch in diesem Puncte sind. Der polnische Kaufmann und Handwerker und vielleicht noch in höherem Maße der ländliche Arbeiter wäre schon lange ein vorzüglicher preußischer Staatsbürger geworden, wenn die fanatische und fanatisirende Agitation von Presse und Geistlichkeit es ihm nicht geradezu unmöglich machten. Besonders Diejenigen, die ihrer Militairpflicht genügt haben, kehren mit völlig veränderten Anschauungen zu ihrer bürgerlichen Beschäftigung zurück. Sie lernen die wohlthätigen Folgen militairischer Zucht schätzen und pflegen meist ein aufrichtiges Gefühl der Verehrung und Liebe für ihren obersten Kriegsherrn mitzubringen. Diejenigen Polen, die einen Feldzug mitgemacht haben, tragen mit Stolz ihre Kriegsmedaille auf der Brust und lassen sich selbst durch die wüsten Agitationen nicht in dem Gefühle beirren, durch die Theilnahme an den Kämpfen für die Wiedervereinigung Deutschlands sich das Recht erworben zu haben, sich Deutsche zu nennen. Wenn man sich in Regierungskreisen klar werden will, wohin es mit einer versöhnlichen Politik gegen die Polen am Ende kommen muß, so braucht man sich ferner nur der Zustände zu erinnern, die unter der Regierung des vorigen Königs in Posen geherrscht haben, zu welchen Zugeständnissen, die dem deutschen Namen sicher nicht zur Ehre gereichen konnten, man sich herbeilassen wollte, als die Anmaßung der Polen täglich maßloser wurde, bis sie in der Forderung einer „nationalen Reorganisation" gipfelten, zu welcher sogar Friedrich Wilhelm IV. bereits seine Genehmigung gegeben hatte. Und trotzdem hat Posen die Verschwörung vom Jahre 1846 und die Revolution vom Jahre 1848 erlebt! Wir stehen nicht an zu behaupten, daß man bei weiterer Nachgiebigkeit abermals zu ähnlichen Verhältnissen kommen würde, und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die preußische Regierung keinen Schritt weiter auf der soeben eingeschlagenen Bahn machen wird. Eine verständige Politik hat in den siebziger Jahren die Sünden vergangener Tage weit zu machen gesucht, und so weit es in dem kurzen Zeitraum möglich war, die gewünschten Erfolge wenigstens zum Theil erzielt. Wird diese Politik aufgegeben, so wäre die Arbeit eines Decenniums nicht nur vergebens gewesen, sondern es müßte auch eine Verwirrung entstehen, die unheilvolle Folgen haben könnte. Preußen, welches die Führung in Deutschland übernommen hat, ist vor Allem dazu berufen, über die nationale Ehre und das Ansehen des Reiches zu wachen. Mit Freuden hat man allerseits dem Vorgehen der preußischen Regierung gegen die nordschleswigschen Optantenföhne zugestimmt und soeben erfährt man, daß die Düsseldorfer Regierung den holländischen Staatsangehörigen, die im Kreise Viersen zahlreich leben, anheimgegeben hat, binnen sechs Wochen das preußische Gebiet zu verlassen oder sich zur Aufnahme in den preußischen Unterthanenverband zu melden. Die Stellungnahme der Regierung gegenüber dem neulich verhandelten Antrag Lasker, der dasselbe für Schleswig bezweckte, wie der Antrag Stablewski für Posen, hat gleichfalls die Anerkennung aller deutschnational gesinnten Bürger erfahren. Warum will die Regierung nicht dasselbe Lob in der „preußisch-polnischen Frage" verdienen? — Es ist zweifellos, daß sie hier leider bereits unter dem Einfluß der klerikal-conservativen Allianz gehandelt hat, welche in ihren Führern für Anerkennung der polnischen Beschwerden eingetreten war. Vom Centrum hat man einen nationalen Gedanken, geschweige denn eine Bethätigung wahrhaft nationaler Gesinnung im Ernst niemals erwartet; aber daß sich auch die conservative Partei durch allerhand Verbindlichkeiten auf antinationale Wege drängen läßt, ist eine ebenso bedauerliche wie bemerkenswerthe Thatsache.

Leipzig, 21. Juni 1883.

* Ueber die Stellung der preußisch-deutschen Regierung zur Centrumspartei schreibt die „Nationalliberale Correspondenz": „Wenn man die fortgesetzten Werbungen der Regierung um die Freundschaft des Centrums, die immer weitergehende Nachgiebigkeit gegen den Ultramontanismus, die selbst vor einem bedenklichen Entgegenkommen an die nationalen Aspirationen der Polen nicht mehr zurückschent, in Erwägung zieht, so drängt sich von selbst die Frage auf, was in neuerer Zeit diese Partei gelestet hat, um dem leitenden Staatsmann ihre Freundschaft und Unterstützung so überaus werthvoll erscheinen zu lassen. Wenn wir auf die ganze lange Reichstagssession, die jetzt hinter uns liegt, zurückblicken, so vermögen wir mit Ausnahme der Gewerbeordnungsrevision nicht ein einziges Gesetz von größerer Tragweite zu entdecken, dessen Zustandekommen lediglich der Unterstützung des Centrums zu verdanken wäre. Das Krankencassengesetz ist mit so überwältigender, selbst einen Theil der liberalen Vereinigung umfassender Mehrheit zu Stande gekommen, daß man die Hoffnung auf die Fortführung der socialpolitischen Reform durchaus nicht von der Zustimmung des Centrums abhängig zu machen braucht; auch ohne die Unterstützung dieser Partei könnte auf der jetzt begonnenen Grundlage fortgebaut werden. Dagegen hat das Centrum die Lieblingsidee des Reichskanzlers, das Tabakmonopol, ebenso gut wie die Liberalen abgelehnt, und für die Holzzölle ist die Partei so matt und schwach eingetreten, daß sich eine ansehnliche Mehrheit dagegen bildete. Es bleiben also nur etliche Polizeimaßregeln gegen Hausirer, Handlungsreisende und Werthe übrig als einzige von der conservativ-klerikalen Mehrheit allein vollbrachte Leistung. Damit zufrieden zu sein, wäre mehr als bescheiden. Und im Landtag ist es nicht anders. Das wichtigste Ergebniß der Session, die Reform der Classensteuer, ist fast vom ganzen Abgeordnetenhause angenommen worden und viel eher auf liberale, als auf Anregungen des Centrums zurückzuführen. Ueber die Verwaltungsreform wäre unter gewissen Bedingungen vielleicht auch eine Verständigung mit den Nationalliberalen zu erreichen gewesen; jedenfalls hat man allen Grund zu zweifeln, ob Fürst Bismarck auf diese Puttkamer'sche Revision einen sehr bedeutenden Werth legt. Es bleibt also auch hier nichts von großem Belang übrig, was die Freundschaft des Centrums als besonders werthvoll erscheinen lassen könnte. Wohl aber kann es gar nicht ausbleiben, daß über kurz oder lang große nationale, die Befestigung des Staates und Reichs betreffende Aufgaben wieder einmal unser öffentliches Leben erfüllen. In den kleinlichen Fragen, welche den Inhalt der herrschenden rückschrittlichen Bestrebungen bilden, kann sich unser politisches Leben doch nicht für immer erschöpfen. Dann wird die conservativ-klerikale Coalition auseinanderfallen, weil man auf die Freundschaft der Curie und des Ultramontanismus die Zukunft des Reichs unmöglich stützen kann, und gegenüber einem immer mehr erstarkten Radicalismus wird man wieder nach den mittleren und gemäßigten Parteien rufen. Und wenn sie dann, unter den schroffen Gegensätzen von rechts und links, unter der Anfeindung von oben und unten zerrieben, in alter Kraft und Leistungsfähigkeit nicht mehr am Platze sind, dann wird man erst erkennen, wie grundfehlerhaft die jetzt eingeschlagene politische Richtung und Entwicklung gewesen."

* Die bereits kurz gemeldete Antwort des Herrn von Bennigsen auf die Ansprache der Deputation des nationalliberalen Vereins zu Hannover lautet nach dem „Hannov. Courier" vollständig also:

Wenn er bei dem ernsten Entschlusse, den er gefaßt, und der doch immer einen Abschnitt in den Leben eines Mannes bedeute, eine Besorgniß gehegt habe, so sei es diejenige gewesen, daß er dadurch Verbitterung und Bewirrnisse bei seinen Freunden erregen würde. Statt dessen habe er mündlich und schriftlich nur Wohlwollen und Freundschaft gefunden. Es sei dieses für ihn eine große Freude und geradezu ein Glück. Es sei indessen richtig, daß, wenn auch derartige Entschlüsse immer nur aus der Natur und dem eigenen Wesen des Mannes hervorgingen, doch vor Allem die unbefriedigenden Zustände unseres öffentlichen Lebens und unserer Parlamente, die steigende Verbitterung der Parteien untereinander, die Beziehungen zu der Regierung, die zunehmende Spaltung auch unter den Liberalen ihn zu der Ueberzeugung gebracht hätten, gerade für die von ihm für richtig gehaltene und befolgte Art der Politik mit ihrer versöhnlichen Richtung sei jetzt kein Raum zu einer erfolgreichen Betheiligung. Die Hoffnung indessen sei festzuhalten, daß es bald wieder besser und anders werde, denn sehr häufig finde ja nach einem großartigen Aufschwunge ein derartiger Rückschlag mit seinen unbefriedigenden Folgen statt. Seine politische Muße werde in dankbarer Weise ausgefüllt werden durch seine äußerst befriedigende, unter den angenehmsten Verhältnissen sich entwickelnde Thätigkeit an der Spitze der provinzialständischen Verwaltung. Indessen könne er versichern, daß er auch während dieser Zeit freundschaftlich und politisch mit seinen politischen Freunden stets eng verbunden bleiben werde, und zwar gerade mit denen hier in Hannover, wo ja die Wurzeln seiner Thätigkeit und seiner in Gemeinschaft mit seinen Freunden erlangten Erfolge sich befinden. Er danke den Herren, welche ihm die Gesinnungen der hiesigen Parteifreunde überbracht, und bitte sie auch, Jenen in seinem Namen seinen Dank auszusprechen. Er wiederhole nochmals die Versicherung fortdauernder enger Gemeinschaft mit ihnen.

* Am Mittwoch wollte die kirchenpolitische Commission des preußischen Abgeordnetenhauses den Bericht feststellen. Referent ist bekanntlich der conservative Abg. Andrä. Die zweite Lesung wird frühestens am Sonnabend stattfinden können. Das Herrenhaus tritt erst am 28. Juni wieder zusammen, und die Session wird sich sonach doch noch in die ersten Tage des Juli hinein erstrecken.

* Bei der Hamburger Wahl hat es sich gezeigt, daß trotz des Socialistengesetzes und des kleinen Belagerungszustandes die socialdemokratischen Wähler in dem Wahlkreise seit zwei Jahren um 3000 Stimmen verstärkt worden sind, so daß der Wahlkreis in äußerster Gefahr schwebt, von der Fortschrittspartei auf die Socialdemokratie überzugehen. Diese Erscheinung giebt ernstlich zu denken. Bei den letzten allgemeinen Wahlen war im Ganzen ein, wenn auch nicht sehr erheblicher Rückgang der socialdemokratischen Stimmen zu bemerken. Bestimmte äußere Ursachen, welche ein neues Wachsthum der Socialdemokratie hätten herbeiführen können, sind im Laufe der letzten zwei Jahre nicht zu erkennen. Die materielle Existenz der Arbeiter ist im Ganzen in den letzten Jahren gewiß nicht schlechter geworden; im Gegentheil, die Arbeitsstockungen haben nachgelassen und Streikbewegungen sind in den großen Städten wieder eine gewöhnliche Erscheinung geworden. Man wird nach dem Hamburger Vorgang dem Eingreifen der Socialdemokratie bei den nächsten allgemeinen Wahlen mit ernster Besorgniß entgegensehen müssen, zumal wenn, was durchaus nicht unmöglich ist, das Socialistengesetz bis dahin nicht mehr existirt. Die Socialdemokratie bedroht im Parlament insbesondere die Partei der großen Städte, den Fortschritt, und gerade diese Partei wird es sich angesichts der Gefahr, den Hamburger und in Zukunft vielleicht noch andere großstädtische Wahlkreise, d. h. ihre eigentliche Domaine einzubüßen, ernstlich zu überlegen haben, ob sie mit ihrer negativen Haltung gegenüber der socialen Frage noch im Stande ist, die Massen an sich zu ziehen.

* Zur „Vervollständigung der Acten" theilen wir mit, was die „Germania" auf die den Herzog Paul von Mecklenburg betreffende Erklärung der „Nordd. Allg. Z." erwidert; das klerikale Blatt schreibt: „Wir wundern uns über die Keckheit, mit welcher hier von der zweiten, katholischen Taufe Das behauptet wird, was von der ersten (protestantischen) Taufe thatsächlich gilt. Die Taufe des Erstgeborenen in Schwerin ist gegen den Willen der Eltern erfolgt; Alles deutet darauf hin, daß gerade deshalb, um die Wiederholung eines solchen Eingriffes in das elterliche Recht zu vermeiden, das herzogliche Paar sich nach dem Süden begeben hat. Die Notiz der „Nordd." kann daher nur als ein nicht sehr feiner Versuch einer Einwirkung auf den Herzog Paul betrachtet werden. Der unangenehme Eindruck wird verstärkt durch die Erinnerung an das fürstliche Versprechen, welches vor der Einsegnung der Ehe der katholischen Kirche gegenüber abgegeben worden."

* * *

* Fortgesetzt fließen dem Deutschen Schulverein in Wien, dem fast jeden Tag eine neue Ortsgruppe und ein neues Hundert Mitglieder zuwächst, recht beträchtliche Spenden und zwar der verschiedensten Art zu. Allein in der ersten Woche des Juni gingen an solchen Beiträgen 1952 fl. 27 kr. ein: beispielsweise von der Ortsgruppe Pilsen an diversen Spenden 408 fl. 3 kr., von der Ortsgruppe Alsengrund als Erträgniß eines Vergnügungsabends 255 fl. 67 kr., von der Ortsgruppe Klagenfurt als Reinertrag zweier Vorträge 326 fl., von der Ortsgruppe Grottau durch eine musikalische Abendunterhaltung 150 fl., von einem ungenannten Wohlthäter in Schönlind 200 fl., von einem Kegelclub in Judenburg 24 fl., von der Ortsgruppe Modlan durch den Sammelschützen 24 fl. 75 kr., von derselben Gruppe als Erlös für zwei Kaiser-Josef-Bilder 28 fl. 70 kr., von der Ortsgruppe Wiesenthal ein Productionserträgniß von 106 fl. 40 kr., von einer Gesellschaft echter Deutscher im „Rebhendl" in Wien 10 fl. u. s. f. In der am 5. Juni a. c. gehaltenen Sitzung des engeren Ausschusses des Deutschen Schulvereins wurden für zwei Schulhausbauten in Böhmen Beiträge bestimmt, und der für einen Schulhausbau bereits bewilligte Credit erhöht; weiter die Errichtung einer Schule in einer sehr gefährdeten Gegend Böhmens durch einen größeren Beitrag gesichert. In Steiermark wurden die Errichtung einer Schule und eines Kindergartens und der Bau eines Schulhauses durch namhafte Beiträge ermöglicht und einem verdienstvollen Lehrer eine Ehrengabe gespendet. Aus Krain und Tirol gelangten kleinere Unterstützungsfälle zur Erledigung. Auf Grund eines eingehenden Berichtes über die Sprachen- und Schulverhältnisse in Südtirol wurde die Einleitung zu einer größeren Action daselbst berathen. Letztere ist um so nothwendiger, als der Deutsche Schulverein einige noch überwiegend deutsche, im hohen Grade gefährdete Gemeinden, die ohne deutsche Schulen in einem Menschenalter vollständig verwelscht sein würden, noch nicht in sein Arbeitsfeld einbezogen hat, so das große 4000 Seelen zählende und in ein Dutzend Untergemeinden zerfallende Dorf Folgareit bei Calliano.

* Auch in Istrien fangen Slowenen und Italiener an, sich zu „versöhnen". Die Agitation der Slowenen regt sich gewaltig, um die Italiener daselbst aus allen Positionen zu verdrängen. Auf dem nach Brezovica vom Reichsraths-Abgeordneten Nabergoj berufenen slowenischen Tabor wurden die Forderungen des slavischen Stammes bereits formulirt. Dieser interne Streit zwischen Italienern und Slowenen besitzt deshalb ein allgemeineres Interesse, weil mit der Zurückdrängung der Italiener die föderalistische Partei auch Reichstagsmandate gewinnen würde, deren Träger jetzt, wie die Abstimmung über die Schulgesetz-Novelle beweist, mit den liberalen Deutschen Hand in Hand gehen. Die Verdrängung eines Culturelementes durch ein geistig untergeordnetes kann für einen Staat wie Oesterreich kaum von Vortheil sein, sondern wird sich früher oder später rächen.

* Die Entscheidung in dem Processe gegen den Studenten Zukowicz ist nunmehr erfolgt. Bekanntlich hatte der Curator des Warschauer Lehrbezirks, Geh. Rath Apuchtin, von dem genannten Studenten eine Ohrfeige erhalten, worauf er vom Kaiser in höchst schmeichelhafter Weise mit einem hohen Orden ausgezeichnet wurde, bald aber in Ungnade einen elfmonatlichen Urlaub erhielt, der als Vorläufer seiner Entlassung angesehen wird. In den letzten Tagen ist nun vor dem Warschauer Kreisgericht gegen Zukowicz bei verschlossenen Thüren wegen der Injurie gegen Apuchtin verhandelt worden. Als Grund seiner Aufschreitung gegen den Curator gab der Student an, daß Apuchtin einer von ihm wider einen Gymnasialdirector wegen Bestechlichkeit und unwürdiger Vertretung des russischen Namens in Polen angebrachten Denunciation nicht Folge gegeben habe. Nach wiederholter vergeblicher Vorstellung habe er Apuchtin ins Gesicht geschlagen mit dem Bemerken, jetzt werde die ganze Sache und auch sein Benehmen vor Gericht kommen. Der Gerichtshof verurtheilte den Studenten zu anderthalb Jahren Gefängniß, dem geringsten für ein derartiges Vergehen zulässigen Strafmaß.

* Die norwegische Ministeranklage nimmt einen schleppenden Verlauf; der Anklagenausschuß des Odelthings hat den Beginn der Hauptverhandlung bis zum 7. August hinausgeschoben, weil die Ankläger nicht hinlängliche Zeit gefunden haben, sich vorzubereiten und den Mitgliedern des Lagthings (erste Kammer) noch fünfmonatlicher Theilnahme an den Storthingsarbeiten Gelegenheit gegeben werden soll, wieder einige Zeit in der Heimath zu verbringen. Die Zusammensetzung des Reichsgerichts ist Gegenstand langwieriger Verhandlungen gewesen, denn es galt die Richtereigenschaft der Mitglieder des Gerichtshofes zu prüfen. Von den 29 Mitgliedern des Lagthings hatten 24 für den Storthingbeschluß